



22.09.2020

Grünen-Vorschlag zur Bekämpfung rechter Umtriebe bei Polizei und Justiz

BBW spricht von Freibrief für Denunziation

Die ARGE Justiz im BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) wendet sich entschieden gegen den Vorschlag des Chefs der Grünen-Landtagsfraktion Andreas Schwarz, der Beschäftigten so genanntes Whistleblowing erleichtern will, um rechten Umtrieben bei Polizei und Justiz zu begegnen. BBW-Chef Kai Rosenberger und der ARGE-Vorsitzende Alexander Schmid sprechen von einem Freibrief für Denunziation.

Beide werfen dem Grünen-Politiker vor, er stelle Beschäftigte der Justiz ohne sachliche Grundlage unter Generalverdacht. Zudem förderten anonyme Anzeigen das Denunziantentum und hätten schon deshalb keinen Platz in der öffentlichen Verwaltung. Zugleich unterstreichen Rosenberger und Schmid, dass selbstverständlich sämtliche Vorkommnisse verfolgt und geahndet werden müssten. Bisher gebe es aber keine Hinweise auf ein strukturelles Problem in der baden-württembergischen Justizverwaltung.

Die ARGE Justiz im BBW ist der Zusammenschluss aller Fachorganisationen des Beamtenbundes im Organisationsbereich des Justizministeriums. Dies sind: Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), BSBD Gewerkschaft Strafvollzug, Gewerkschaft BTBkomba, Deutscher Anwaltsverein (DAAV), Deutsche Justizgewerkschaft (DJG), Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB) und Württembergischer Notarverein, die 10. 000 Mitglieder im Verantwortungsbereich des Justizministeriums vertreten.

press
einfo